



Minister für Wirtschaft, Verkehr,
Arbeit, Technologie und Tourismus
Herrn Dr. Bernd Buchholz
Postfach 71 28
24171 Kiel

	Eingang VIM Nr.				Rü
M	25. Nov. 2019				Stn
St					AE
LAG					Vot.
TH					Beant.
	Termin:	1	2	3	4

Andreas Scheuer, MdB
Bundesminister

HAUSANSCHRIFT
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-4310
FAX +49 (0)30 18-300-1920

poststelle@bmvi.bund.de
www.bmvi.de

Betreff: Hinterlandanbindung Fehmarnbeltquerung

Bezug: Ihr Schreiben vom 29.07.2019
Aktenzeichen: E 21/519.4/301
Datum: Berlin, 20.11.2019
Seite 1 von 2

Sehr geehrter Herr Kollege,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 29.07.2019 zur aktuellen Parlamentarischen Befassung im Rahmen des Vorhabens ABS/NBS Hamburg – Lübeck – Puttgarden (Hinterlandanbindung Fehmarnbeltquerung).

Der vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur am 21.06.2019 dem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur vorgelegte Bericht stellt ausführlich die Ergebnisse der Vorplanung sowie der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung zu Vorhaben dar. Der Deutsche Bundestag hat sich in dem Beschluss zur „Menschen- und umweltgerechten Realisierung europäischer Schienennetze“ (BT-Drs. 18/7365) ausdrücklich Entscheidungen über die Umsetzung von bis dato übergesetzlichen Forderungen vorbehalten.

Die parlamentarische Befassung hat zum Ziel, den Deutschen Bundestag über die Planungen zu unterrichten und ihm die Möglichkeit zu geben, zeitnah über im Einzelfall sinnvolle zusätzliche Maßnahmen im Interesse der Betroffenen zu entscheiden. Der Bericht hat seinen Zweck, eine Diskussion über die vorliegenden Planungen und alternative oder zusätzliche Forderungen anzustoßen und eine Würdigung im Sinne einer gesamthaften Betrachtung zu erzielen, mit der nun entfachten Debatte bereits erreicht.

Der Bericht stellt die Grundlage für diese Debatte dar und enthält die erforderlichen detaillierten Informationen. Es finden sich auch ent-



Seite 2 von 2

scheidende Informationen über die Zusammenarbeit der Region im Dialogforum zu den Forderungen und wie weit deren Zusammenstellung dort konsensual erfolgt ist. Damit kann der Deutsche Bundestag auch ersehen, wie weit die konstruktive Zusammenarbeit der Region trägt und dies in seine Entscheidung einfließen lassen. Das von Ihnen erwähnte Begründungspapier der Region zu Ihren Forderungen ist dem Bericht in ungekürzter Form beigelegt, um dem Deutschen Bundestag auch eine Würdigung gerade mit Blick auf die Sichtweise der Region zu ermöglichen.

Die Entscheidung über den Umgang mit den übergesetzlichen Forderungen liegt nunmehr allein beim Deutschen Bundestag.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Scheuer